

Niederschrift der 32. Sitzung des Hauptausschusses der Gemeinde Am Mellensee vom 09.10.2017 im Sitzungssaal der Gemeindeverwaltung Zossener Straße 21c, 15838 Am Mellensee (OT Klausdorf)

Öffentlicher Teil

Beginn: 19.00 Uhr Ende: 19.50 Uhr

Anwesend: **Bürgermeister**
F. Broshog

Fraktion CDU/FW
L. Lehmann

Fraktion DIE LINKE
K. Wendt

Fraktion UWG
T. Kosicki

Unentschuldigt: **Fraktion SPD**
I. Koch

Verwaltung: Th. Reetz Teamleiter IV

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

01. Eröffnung der Sitzung
02. Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Ladung und Beschlussfähigkeit
03. Änderungsanträge zur Tagesordnung
04. Einwendungen zur Niederschrift der 31. Sitzung - öffentlicher Teil
05. Einwohnerfragestunde
06. Diskussion über die BSV zur Einwohnerbeteiligungssatzung
07. Machbarkeit öffentliches WLAN
08. Information und Anfragen

Zu 01. Eröffnung der Sitzung

Herr Broshog, Vorsitzender des Hauptausschusses, eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden.

Zu 02. Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Ladung und Beschlussfähigkeit

Herr Broshog, Vorsitzender des Hauptausschusses, stellt die Ordnungsmäßigkeit der Ladung und die Beschlussfähigkeit fest. Von 5 Mitgliedern sind 4 anwesend.

Zu 03. Änderungsanträge zur Tagesordnung

Es gibt keine Änderungen zur Tagesordnung.

Zu 04. Einwendungen zur Niederschrift der 30. Sitzung - öffentlicher Teil

Es gibt keine Einwendungen zur Niederschrift

Zu 05. Einwohnerfragestunde

Herr Pehnert, OT Kummersdorf-Alexanderdorf, bittet um Auskunft, wie es zur der Aussage in der Begründung zur Verwaltungsvorlage Einwohnerbeteiligungssatzung „Aus gegebenem Anlass.....“ kommt. Welcher Anlass ist hier gemeint.

Herr Broshog teilt mit, dass der Hinweis von der Kommunalaufsicht kam, da die Arbeit der Verwaltung durch verschiedene Vorgänge in Augenschein genommen wurde, bezüglich der Einwohnerfragestunde Konkretisierungen vorgenommen werden sollten.

Weiterhin fragt Herr Pehnert, ob er richtig ist, dass nach §2 der zu beschließenden Satzung keine Fragen an den Bürgermeister wie auch die Verwaltung in den Einwohnerfragestunden gestellt werden dürfen.

Herr Broshog erläutert, dass das so nicht korrekt ist. Vorrangig geht es darum, sich auf die Tagesordnung und die Inhalte zu konzentrieren und keine persönlichen Belange zu erörtern.

Herr Pehnert regt an, die Einwohnerfragestunde hinter die beschließenden Tagesordnungspunkte zu legen bzw. diese zu splitten, nach jedem TOP die Einwohner zu befragen.

Herr Broshog weist darauf hin, dass es heute eine 1. Diskussion zum 1. Entwurf geben soll. Danach wird die Beschlussvorlage in die Ausschüsse zur weiteren Beratung gegeben. Unter anderem wird dadurch einer Überschreitung der 30-minütigen Einwohnerfragestunde entgegengewirkt. Um möglichst allen anwesenden Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit zu geben, Fragen zu stellen, ist dies auf 2 Fragen pro Fragesteller begrenzt.

Herr Ritter-Bräuer, OT Kummersdorf-Alexanderdorf, bezieht sich auf die Seite 2, Absatz 1, Einwohnerfragestunde. In der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg, § 13, Beteiligung und Unterrichtung der Einwohner ist klar geschrieben: Die Gemeinde beteiligt und unterrichtet die betroffenen Einwohner in wichtigen Gemeindeangelegenheiten. Zu diesen Zwecken sollen Einwohnerfragestunden, Einwohnerversammlungen oder andere Formen kommunaler Öffentlichkeitsarbeit durchgeführt werden. Die Formen der Einwohnerbeteiligung regelt die Hauptsatzung, Einzelheiten können auch in einer gesonderten Satzung geregelt werden.

Herr Broshog stellt fest, dass Einwohnerversammlungen bei Bedarf durchgeführt wurden und durch die Einwohnerbefragung eine Einbringung der Bürgermeinung wichtig ist. Er weist nochmals nachdrücklich darauf hin, dass private Befindlichkeiten nicht in der Gemeindevertretersitzung zu behandeln sind. Jeder individuelle Vorgang ist ein Verwaltungsakt und in der Verwaltung zu bearbeiten.

Herr Röske, OT Klausdorf, stellt fest, dass es in den vielen Jahren, in denen er den Sitzungen beiwohnt, seines Wissens nur 1 Mal zu einer Verlängerung der Einwohnerfragestunde kam.

Er sieht die Einwohnerfragestunde als demokratisches Element zur Befragung der Bürger. Er ist über die Begründung verwundert.

Zu 06. Diskussion über die BSV zur Einwohnerbeteiligungssatzung

Herr Broshog erläutert die Beschlussvorlage.

Wichtig ist, dass die Hinweise eingearbeitet werden und nach der heutigen Diskussion in die Fraktionen zur Diskussion gebracht werden.

Herr Lehmann fragt, warum die Einwohnerfragestunde hinter die Tagesordnungspunkte gesetzt werden sollte. Jeder Bürger hat das Recht im Vorfeld die Sitzungsunterlagen in der Gemeindeverwaltung einzusehen.

Die Gemeindevertretung hat die Aufgabe Beschlussvorlagen zu beschließen und nicht über Dinge der laufenden Verwaltung zu befinden.

Herr Wendt kann sich der Einschränkung in § 2 nicht anschließen.

Herr Kosicki sieht die Einschränkung als Beschneidung der Bürgerbeteiligung und ist nicht einverstanden. Für ihn ist befremdlich, dass der Bürgermeister nicht mehr als zu befragende Person angegeben ist.

Des Weiteren muss der Bürger auch die Möglichkeit haben, seine Unzufriedenheit wegen einer Angelegenheit, die in der Verbindung zur Verwaltung steht, in der Gemeindevertretersitzung anzubringen und nachzufragen.
Die UWG stimmt dem Vorschlag nicht zu.

Herr Broshog weist darauf hin, dass der Bürgermeister Mitglied der Gemeindevertretung ist und somit die gesonderte Benennung nicht erforderlich ist wenn von "Fragen an die Mitglieder der Gemeindevertretung" die Rede ist.
Herr Kosicki erwidert, dass er dies so nicht gesehen hat, bestätigt dies aber.

Herr Broshog erklärt weiterhin, dass es korrekt ist, z.B. allgemeine Fragen zur KITASatzung in der Sitzung zu stellen. Eine explizite Frage jedoch zur persönlichen Angelegenheit des Fragestellers ist ein Verwaltungsakt und in der Verwaltung zu klären.
Er bittet die Fraktionen ausdrücklich, die Problematik in den Fraktionssitzungen zu diskutieren.

Herr Lehmann verweist auf die Geschäftsordnung und Hauptsatzung der Gemeinde.

Herr Kosicki erklärt, dass eine Einbringung der Bürger bereits in den Ausschusssitzungen möglich ist. Hier wäre eine höhere Beteiligung wünschenswert.

Zu 07. Machbarkeit öffentliches WLAN

Herr Broshog erläutert die Aktion WiFi4EU-Freies WLAN für Europa.
Hintergrund ist die freie Nutzung des Internets in öffentlichen Gebäuden, Plätzen, Parks usw.
Die benötigte Hardware wird gefördert, die monatlich anfallenden Kosten sind jedoch von der Kommune zu tragen.
Herr Broshog informierte sich beim Projektleiter Breitband des Landkreises, Herrn Penquitt, zum Stand Breitband.
Vorgesehen war, dass August/September 2018 vom entsprechenden Ministerium Informationen an die Kommunen zum weiteren Ausbau erfolgen sollten. Dieser Termin wurde nicht gehalten. Neuer Termin Ende Oktober/ Anfang November 2018.
Bei dem erwähnten Gespräch wurde auch das Förderprogramm „Digitales Klassenzimmer“ besprochen, was aktuell eröffnet wurde. Dabei geht es um die Mindestversorgung pro Klasse mit 30 Mbit. Für unsere Grundschulen bedeutet dies den Anschluss von mindestens 180 Mbit je Einrichtung. Dies ist nur über die Technologie „Fiber to the Home“ möglich und bietet dann eine Versorgung im Giga-Bereich. Dieses Projekt wird durch den Breitbandbeauftragten des Landkreises in das laufende Programm Breitbandausbau eingearbeitet. Die Bereitstellung der Hardware vor Ort (Withbords) ist darüber bisher nicht förderfähig.

Zu 08. Informationen und Anfragen

Herr Lehmann erkundigt sich zum Stand bezüglich der Zusammenkunft Jugendfeuerwehr; Mitarbeiterin des Ordnungsamtes, die für die Feuerwehren zuständig ist, Gemeindebrandmeister, Hauptausschussmitglieder und die Ortsvorsteher.
Herr Broshog wird einen Termin zeitnah bekanntgeben.

Herr Lehmann bitte um Beantwortung seiner Frage aus der 31. Sitzung bezüglich der Baumpflege auf den Friedhöfen.
Herr Broshog bestätigt, dass die Baumpflege bis 3 Meter Höhe die Friedhofspflege beinhalten.

Herr Lehmann bittet zu überdenken, die Mehrzweckhalle im OT Mellensee mit einem Internetanschlusses auszustatten. Er weist darauf hin, dass dies für die weitere Nutzung der Halle aufgrund des ausgeweiteten Spielbetriebes (Dt. Meisterschaften Floorball, Sommercamp Floorball, Verbindung zw. Hausmeister und Gemeinde bezüglich Belegung usw.) von großer Wichtigkeit ist. Bis dato ist nur ein Telefonanschluss vorhanden.

Herr Broshog weist darauf hin, dass dann auch die Halle im OT Sperenberg sowie die Sportanlage im OT Kummersdorf-Gut einbezogen werden müssen. Eine Berücksichtigung im Haushalt 2018 muss dahingehend erfolgen.

Herr Kosicki bittet um Sachstandsmitteilung zum Neubau Gebäude auf dem Sportplatz im OT Kummersdorf-Gut.

BS Nr. 119/32/2017

Herr Broshog bittet um Zustimmung, Herrn Reetz, Teamleiter Bauverwaltung, das Rederecht zu erteilen.

Die Hauptausschussmitglieder stimmen diesem Antrag zu.

Abstimmungsverhältnis

4 Ja-Stimmen

0 Nein-Stimmen

0 Enthaltungen

Herr Reetz teilt mit, dass der Bauantrag Ende Juni/Anfang Juli 2017 eingereicht wurde. Derzeit besteht eine Bearbeitungszeit beim Landkreis von ca. 5 Monaten. Erst nach der Baugenehmigung kann der Fördermittelantrag gestellt werden, sodass mit einem Baubeginn erst in 2018 zur rechnen ist.

Herr Broshog hatte Hoffnung, den Antrag bei der LAG am Donnerstag mit einreichen zu können. Dies war leider nicht zu schaffen.
Der KSV 1990 e.V. ist darüber informiert.

Herr Broshog bedankt sich im Rahmen der Sitzung des Hauptausschusses ausdrücklich bei allen Kameradinnen und Kameraden der Ortswehren der Gemeinde für ihre unermüdliche Arbeit nach dem Sturmtief XAVIER am 05.10.2017. In der Gemeinde gab es 133 Alarmierungen und an beiden Tagen waren jeweils zw. 74 und 76 Kameraden im Einsatz. Die ersten Einsätze begannen gegen 15 Uhr am Donnerstag und bis zum heutigen Tag fanden noch Alarmierungen statt.

Während der Sperrung einer Straße im Gemeindegebiet kam es zu einer verbalen Auseinandersetzung eines Bürgers der Gemeinde und den Kameraden, weil die erforderliche Einschränkung zu lange dauere. Der Bürgermeister ist sehr entsetzt, dass es solch ein Unverständnis für die Hilfeleistung der Kameraden überhaupt gibt. Es wird zu einer Anzeige wegen Behinderung des Einsatzes gegen diese Person geben.

Am heutigen Morgen gab es eine Zusammenkunft mit dem Bauhof, Gemeindebrandmeister und Gartenbaufirma bezüglich Prioritäten bei den Aufräumarbeiten. Wichtig sind vorab alle kommunalen Gebäude und Flächen zu sichern und zu beräumen.

Der Friedhof im OT Sperenberg ist, wegen der Gefahr herabstürzender Äste, komplett gesperrt.

Ein zentraler Sammelplatz für Gehölz von Bäumen ist in der Gemeinde eingerichtet und steht auch den Bürgern zur Verfügung. Der genaue Ort ist in der Verwaltung zu erfragen.

Am Mellensee, 10.10.2017


Broshog
Vorsitzender Hauptausschuss


Albrecht-Schulz
Protokollantin